

# Politik für, von und mit Kindern und Jugendlichen

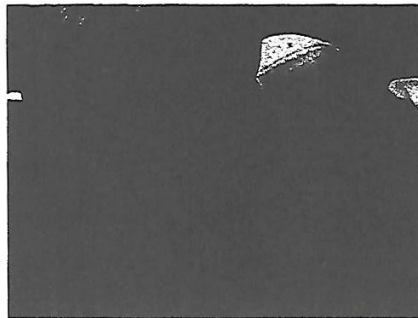
Trends und Zukunftsperspektiven

Renate Kränzl-Nagl

Das Ziel, eine eigenständige Kindheitspolitik als neuen, von Bildungs-, Familien- und Frauenpolitik klar unterscheidbaren politischen Bereich zu etablieren, stellt eine der wesentlichen Veränderungen der letzten Jahre dar. Wichtige Impulse gingen dabei von der UN-Konvention über die Rechte des Kindes (UN Convention on the Rights of the Child) aus, die 1989 von fast allen Vertragsstaaten (mit Ausnahme der USA und Somalia) unterzeichnet wurde. Neben den Prinzipien des Schutzes von Kindern (nach der Konvention Menschen unter 18) und der Bereitstellung von Ressourcen, die in der Kindheitspolitik in vielen Staaten Europas weitgehend verankert sind, findet sich in der Kinderrechtskonvention auch der neue Gedanke der Partizipation (Art. 12–15).

Während das UN-Übereinkommen ursprünglich als ein Instrument zur Verbesserung der Lebenslagen von Kindern in der Dritten Welt angesehen wurde, zeigte sich, dass hinsichtlich der partizipatorischen Bestimmungen in westlichen Industriestaaten großer Handlungsbedarf besteht. 1996 wurde deshalb von der parlamentarischen Versammlung des Europarates die „Europäische Strategie für Kinder“ verabschiedet. In ihr werden die Wahrnehmung von Kindern als Individuen mit Bürgerrechten sowie ihre aktive Mitbestimmung in Familie und Gesellschaft besonders hervorgehoben.

Parallel dazu konnte sich in der Kindheitsforschung eine neue Perspektive durchsetzen: Kinder werden nicht vorrangig als sich erst entwickelnde Wesen und damit als minderwertig, sondern als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft mit eigenen Interessen und Bedürfnissen begriffen. Es zeigte sich, dass die Interessen von jungen Menschen aufgrund ihres Ausschlusses von politischen Grundrechten sowie ihre Lebensverhältnisse wesentlich prägenden Entscheidungsprozessen kaum berücksichtigt werden. Kinder stellen aus dieser Sicht „Außensteher“ der Gesellschaft dar.



## Stellvertretung und direkte Beteiligung

Diese Erkenntnisse führten zu einem Nachdenken über Möglichkeiten der politischen Beteiligung der jüngsten Bevölkerungsgruppe. In der Zwischenzeit wurden sowohl in Österreich als auch in vielen anderen europäischen Ländern unterschiedliche Modelle erprobt bzw. umgesetzt. Dabei ist grundsätzlich zwischen Formen der indirekten politischen Partizipation, bei denen sich Erwachsene stellvertretend für Kinderinteressen einsetzen, und jenen der direkten Partizipation zu unterscheiden, bei denen Kinder selbst mitreden und mitgestalten.

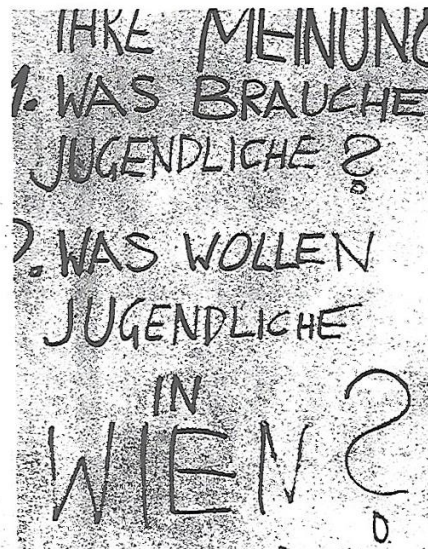
Ein österreichisches Beispiel für stellvertretende Formen sind die Kinder- und Jugendanwaltschaften, die sowohl auf Bundesebene als auch in jeder Landeshauptstadt eingerichtet wurden. In anderen Staaten finden sich ähnliche Initiativen, so etwa in Norwegen der Kinderombudsmann mit Sitz in Oslo, der auf nationaler Ebene die Interessen von Kindern vertritt. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein werden z. B. erste erfolgreiche Modellversuche in der Senkung des Wahlalters durchgeführt. Solche Initiativen stützen sich auf Studien, wonach Kinder in

ihren Entscheidungen und Handlungen oftmals wesentlich rationaler agieren, als dies gemeinhin angenommen wird, und etwa ab einem Alter von zwölf Jahren großteils über dieselben Fähigkeiten für politisches Urteilen und Entscheiden verfügen wie Erwachsene. Der Großteil der Jugendbeteiligungsprojekte ist jedoch auf kommunaler Ebene angesiedelt, wobei das Spektrum von einmaligen Aktivitäten wie beispielsweise der Gestaltung eines Spielplatzes bis hin zu langfristigen, dauerhaften Einrichtungen wie zum Beispiel Kinderforen reicht. Die Bedeutung der kommunalen Ebene lässt sich dadurch erklären, dass solche Projekte an der unmittelbar erfahrbaren Umwelt der Kinder ansetzen und Wünsche konkreter formuliert werden können.

## Positive Effekte für die Demokratie

Trotz der Zunahme von Jugendbeteiligungsprojekten sowie der langsam steigenden Sensibilität der Erwachsenen gegenüber den Interessen dieser Bevölkerungsgruppe bleibt die Einbeziehung von Jugendlichen in die politische Entscheidungsfindung nach wie vor ein „Minderheitenprogramm“ im doppelten Sinn: Einerseits hat nur eine Minderheit der Jugendlichen überhaupt die Möglichkeit zu partizipieren, andererseits hält dies nur eine Minderheit von Erwachsenen überhaupt für notwendig und richtig. Dem stehen jüngste Forschungsergebnisse gegenüber, wonach die Mitwirkung Jugendlicher an Beteiligungsmodellen für diese überwiegend positive Effekte hat, wie beispielsweise die Festigung eines demokratischen Bewusstseins, eine Steigerung der sozialen Kompetenzen und die Förderung solidarischen Verhaltens. Als etwaige negative Folge wird die PolitikerInnenverdrossenheit angeführt, die vor allem dann auftritt, wenn Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendliche zu politischen Alibiaktionen von Erwachsenen verkommen.

Es geht also nicht nur um die Frage der Beteiligung oder Nichtbeteiligung Minderjähriger an politischen Entscheidungsprozessen, sondern vielmehr darum, wie ihre Mitwirkung „kind- bzw. jugendgerecht“ gestaltet werden kann. Politische Partizipation der jüngsten Generation stellt sich somit nicht nur als eine Herausforderung für Kinder und Jugendliche, sondern vor allem für Erwachsene dar. Und dies umso mehr, als politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als zentraler Bestandteil zukünftiger Demokratieentwicklung angesehen wird, der für die Stärkung der zivilen Gesellschaft heutzutage unverzichtbar ist :



Dr. Renate Kränzl-Nagl, verantwortlich für das Programm „Childhood and Society“ am Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien